

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass eine flächendeckende Betreuung der Suchtkranken in Wien zur Entlastung des Jedmayer-Grätzels erfolgt.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit ihren Angeboten – Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreute Wohnplätze – seit 2012 die größte und faktisch zentrale Einrichtung für Drogenkranke in Wien und dem Wiener Umland. Laut aktuellem Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien wurden im Jahr 2025 allein im Jedmayer 179.986 Spritzentauschkontakte verzeichnet. Zum Vergleich: Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kommt lediglich auf 4.717 Kontakte – und verzeichnet dabei sogar einen Rückgang gegenüber 2024.

Diese extreme Konzentration auf einen einzigen Standort wurde zuletzt auch bei der Anrainerversammlung kritisiert, weil sie zu massiven Belastungen für das unmittelbare Umfeld, insbesondere rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße führt. Eine Einrichtung allein kann die Drogenproblematik einer Zwei-Millionen-Stadt und deren Umgebung nicht bewältigen.

Im Interesse der Anrainerinnen und Anrainer ersuchen wir daher die Stadtregierung – insbesondere den zuständigen Stadtrat Peter Hacker – dringend, die Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte und eine dezentrale Struktur der Suchthilfe zu prüfen. Nur eine Entlastung des Jedmayer durch mehrere über Wien verteilte Angebote kann das Sicherheitsgefühl im Grätzel stärken und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig verbessern.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Grünen, Neos sowie der KPÖ mitunterstützt und einstimmig angenommen

Toilettenanlagen U3 Neubaugasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Toilettenanlagen im Zuge des Umbaus des U-Bahn-Knotenpunktes Neubaugasse erweitert werden.

Begründung

Mit der Fertigstellung des U2-U5-Ausbaus wird die Station Neubaugasse zu einem der wichtigsten Umsteigeknoten des Wiener U-Bahn-Netzes. Künftig treffen dort die Linien U2 und U3 aufeinander, wodurch mit einem deutlichen Anstieg der Fahrgastzahlen zu rechnen ist. Die bestehende Infrastruktur sollte daher frühzeitig dahingehend überprüft werden, ob sie den künftigen Anforderungen gerecht wird.

Dazu zählen auch die vorhandenen Toilettenanlagen. Eine Erweiterung der Kapazitäten würde nicht nur den Komfort für die zahlreichen Fahrgäste erhöhen, sondern auch zur Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im Umfeld der Station und entlang der Mariahilfer Straße beitragen.

Antrag wurde von allen Parteien mitunterstützt und einstimmig angenommen

Ampelanlage Gürtel / Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 33, MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Ampelschaltung bei der Fußgängerquerung in Verlängerung der Gumpendorfer Straße über den Gürtel zur U6-Station Gumpendorfer Straße zu überprüfen. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob die Grünphase für Fußgängerinnen und Fußgänger verlängert werden kann.

Begründung

Die gegenständliche Querung stellt eine wichtige Verbindung zwischen den Bezirken Mariahilf und Rudolfsheim-Fünfhaus sowie zur U6-Station Gumpendorfer Straße dar und wird täglich von einer großen Anzahl an Fußgängerinnen und Fußgängern genutzt. Aus der Bevölkerung wird wiederholt berichtet, dass die Grünphase für Fußgängerinnen und Fußgänger als sehr kurz wahrgenommen wird.

Insbesondere für ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie Familien mit Kindern kann dies zu Schwierigkeiten beim sicheren Überqueren der Kreuzung führen. Vor dem Hintergrund der hohen Frequenz der Querung erscheint eine Überprüfung der aktuellen Schaltung durch die zuständigen Stellen zweckmäßig, um festzustellen, ob Anpassungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erforderlich sind.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Sensibilisierung gegen Vandalismus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, Möglichkeiten für eine Sensibilisierungskampagne gegen Graffiti-Vandalismus in Mariahilf zu prüfen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen umzusetzen.

Begründung

Auch in Mariahilf kommt es im öffentlichen Raum sowie an Hausfassaden regelmäßig zu unerwünschten Schmierereien und Graffiti-Vandalismus. Trotz laufender Reinigungsmaßnahmen treten diese Beschädigungen vielfach erneut auf und beeinträchtigen das Erscheinungsbild des Bezirks nachhaltig.

Eine gezielte Sensibilisierungskampagne könnte dazu beitragen, das Bewusstsein dafür zu stärken, dass es sich bei unerlaubten Beschmierungen um Sachbeschädigungen handelt. Gleichzeitig könnten Präventionsmaßnahmen helfen, Vandalismus vorzubeugen und das Ortsbild des Bezirks langfristig zu verbessern.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen

Aschenbecher Krankenhaus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, im Bereich vor dem neu errichteten Eingang des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern in der Stumpergasse 13 Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Vor dem neu errichteten Eingang des Krankenhauses der Barmherzigen Schwestern in der Stumpergasse halten sich regelmäßig Patientinnen und Patienten, Besucherinnen und Besucher sowie Begleitpersonen auf. Dabei kommt es immer wieder dazu, dass Zigarettenstummel im öffentlichen Raum entsorgt werden.

Die Aufstellung von Aschenbechern kann einen Beitrag zur Sauberkeit des Straßenraums leisten und die ordnungsgemäße Entsorgung von Zigarettenresten erleichtern.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung Mariahilf spricht sich für Maßnahmen aus, die zur Stärkung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße beitragen können, wozu auch der Einsatz öffentlicher Videoüberwachung zählen kann.

Begründung

Die U6-Station Gumpendorfer Straße ist ein wichtigster Verkehrsknotenpunkt in Wien und wird täglich von tausenden Fahrgästen genutzt. Gleichzeitig steht der Bereich seit Jahren im Fokus von Sicherheitsdebatten. Insbesondere die Konzentration von Suchthilfeeinrichtungen im Umfeld sowie die damit verbundenen Begleiterscheinungen führen regelmäßig zu Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern sowie Gewerbetreibenden.

Die Bezirksvertretung Mariahilf begrüßt Maßnahmen, die in den vergangenen Monaten zur Verbesserung der Situation gesetzt wurden. Dazu zählen insbesondere die Einrichtung einer polizeilichen Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park sowie weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Grätzel. Diese Schritte können einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten.

Gleichzeitig bleibt das Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße aufgrund seiner hohen Frequenz und seiner besonderen Herausforderungen ein Bereich, in dem Fragen der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls besondere Aufmerksamkeit verdienen. Im Rahmen der Anrainerversammlung am 2. Juni 2026 wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich auch die Forderung nach einer Videoüberwachung des Bereichs vorgebracht.

Anfang August 2025 hat Innenminister Gerhard Karner Pläne bekannt gegeben, die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und diese künftig auch an potenziell betroffenen Orten zu ermöglichen. Diese Überlegungen wurden auch von Bürgermeister Michael Ludwig unterstützt, der sich ebenfalls für zusätzliche Instrumente zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum ausgesprochen hat.

Vor diesem Hintergrund wird die öffentliche Videoüberwachung als eine mögliche Maßnahme zur Unterstützung der Sicherheitsarbeit, zur Prävention von Straftaten und zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beurteilt.

Gerhard Hammerer

Resolution wurde von der SPÖ mitunterstützt

Für die Resolution: ÖVP, SPÖ und FPÖ

Gegen die Resolution: Grüne, Neos und KPÖ

SPÖ/ÖVP/FPÖ haben zwar die Mehrheit (21 von 40 Mandaten), aufgrund von Abwesenheiten endete die Abstimmung 17:17 und fand daher keine Mehrheit

Die ÖVP Mariahilf wird die Resolution bei der nächsten Sitzung im Herbst 2026 noch einmal einbringen.

Unterstützung seitens der ÖVP

Verlegung der Bushaltezone vor dem Hotel IBIS am Gumpendorfer Gürtel (SPÖ),
dieser Antrag wurde 2022 in ähnlicher Form von der ÖVP eingebracht

Kennzeichnung der Schrittgeschwindigkeit in der Fußgängerzone Mariahilfer Straße
(SPÖ)

Sitzgelegenheiten Ecke Otto-Bauer-Gasse / Schmalzhofgasse (Neos)